

Heißschaum

Haushaltsrede 2009 des Vorsitzenden der BmU-Ratsfraktion Bernhard Osterwind

In den letzten 10 Jahren hat Erkrath die Schulden fast verdoppelt und 2002 die Grundsteuer B von 360% auf 380% erhöht.

Wo ist dafür der Gegenwert für die Bürger?

Wo stehen wir am Ende der Amtsperiode dieses Rates?

Wir stehen am Ende und deswegen braucht Erkrath einen neuen Anfang.

Der Erkrather Haushalt wird erneut zum Sanierungsfall. Schon vor der Finanzkrise, die zur Wirtschaftskrise wurde haben wir im Jahr 2008 ein Minus von 5,1 Mio € eingefahren. Ein vergleichsweise sogar mildes Ergebnis, denn 2008 sind 8,7 Mio € Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer zu verzeichnen gewesen.

Die Städte zahlen für den Haushalt 2009 die stolze Summe von 290,5 Mio €. Das ist eine Steigerung um 16,3 Mio €. Bei sinkenden Einnahmen der Städte eine fatale Schere, die dort auseinander geht. Auch der Kreis zahlt Umlagen an den Landschaftsverband: mit 110 Mio. € ist 2009 ein neuer Rekord aufgestellt worden.

Der Ausgleichsrücklage müssen weitere 13 Mio € entnommen werden. Am Ende des Jahres 2009 haben wir nur noch 6 Mio € in der Ausgleichsrücklage. Für 2010 reicht die Ausgleichsrücklage nicht mehr aus.

Wir gehen also kurz oder lang in die Haushaltssicherung und normalerweise würden wir heute beantragen, sofort ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen.

Warum tun wir das nicht?

Nach der Umstellung auf NKF hat die Kämmerei in diesem Jahr den Bilanzentwurf vorgelegt und übergangslos, zum Teil parallel, geht es um die Verwendung des Konjunkturpaketes von 4 Mio..

Mitten in diesem Prozess des „von Oben“ verordneten Gasgebens gleichzeitig die Handbremse zu ziehen kann nur zum Schleuderkurs führen, indem man die Orientierung verliert.

Trotzdem darf an dieser Stelle der Appell an äußerst sparsame Haushaltsführung auch jetzt nicht fehlen.

Für 2010 plädieren wir aber, freiwillig in die Haushaltssicherung zu gehen.

Wer das nicht will, der will einen weiteren Abbau des Eigenkapitals, das heißt, die Stadt isst sich selber auf. Das kann keiner wollen.

Allein der Kassenkreditrahmen von 30 Mio. € zeigt für 2009, dass weitere Risiken schon in diesem Haushaltsjahr schlummern.

a) Schulden, Wirtschaftskrise, Pipeline
Schulden der öffentlichen Hand führen zu Wohlstandsverlusten.

„Wenn Schuldenmacherei strafbar wäre, dann müssten die Ratsmitglieder von SPD und CDU in Handschellen abgeführt werden“ hat mal ein *BmU*-Ratsmitglied zu Zeiten der Großen Koalition mit den Fraktionsvorsitzenden Arno Werner und Detlef Ehlert gesagt.
2 Punkte zur Nachbetrachtung:

1. Detlef Ehlert reagierte darauf mit dem Versprechen, dafür sorgen zu wollen, dass die *BmU* ab der nächsten Wahl nicht mehr im Rat auftaucht (1999).
2. Der Zeitenwandel wird auch darin deutlich, dass in Berlin ernsthaft das Verbot der Schulenaufnahme für Kommunen und Länder für die Zeit nach der Wirtschaftskrise diskutiert wird.

Was mit den vom Staat gezahlten Zinsen am Finanzmarkt geschieht, wird uns ja eindrucksvoll zurzeit vorgeführt und da bleibt der Mund staunend offen.

Nur eine Zahl. Die Hypo Real Estate hat 1 Billion Euro Verbindlichkeiten. Das ist eine eins mit 12 Nullen! Eine solche Bank wird vom Steuerzahler mit knapp 100 Milliarden € vorläufig gerettet, sonst wäre die Bank geschlossen worden. Da tobt die FDP im Bundestag über den Tabubruch der Enteignung eines „Großinvestors“ unter Hinweis auf die gebotene Treue zum Grundgesetz. Gleichzeitig bringt die FDP im Land es fertig, führend die Enteignung von Privatgrundstücken und Kommunalgrundstücken für die CO-Pipeline zu vertreten. Auch Häuslebauer und Landwirte in Erkrath sind Investoren in ihr Lebensglück und auch die sind vom Grundgesetz geschützt! Im Grundgesetz steht nichts davon, dass Großinvestoren vor Kleininvestoren gehen. Es ist selbstverständlich, dass die Parteien in Erkrath gegen die CO-Pipeline sind, wenn man allein die verheerenden Auswirkungen der Leitung nur schon auf den Immobilienmarkt betrachtet. Aber auch die Erkrathparteien müssen erklären, warum sie den Bürgerwillen nicht erfolgreich in den Landtag tragen können. Oder funktioniert die Demokratie in unseren Parteien nicht mehr von unten nach oben?
Die Parteien haben Gelegenheit, beim Protestfeuer der IG Erkrath am 1. Mai dafür eine Erklärung zu geben.

b) Finanzpolitik: Versagen der Parteien

Hauptursache der Kommunalverschuldung ist das Versagen der Parteien, die Mindestbedürfnisse „nach oben“ in Land und Bund durchzusetzen. Stattdessen haben die Kommunalhaushalte Aufgaben von Land und Bund übertragen bekommen – und sei es auch nur indirekt über die Kreisumlage – und diese nicht gegenfinanziert bekommen. Das geht nun seit Jahrzehnten so. Mit dem Konjunkturpaket bekommen wir nur einen Bruchteil davon zurück. Es ist schon grotesk, wenn wir feststellen müssen, dass die vom Kreis gewährten Leistungen der sozialen Sicherheit nach SGB XII, das Pflegewohngeld sowie die Zuweisungen für laufende Zwecke Dritter um 8,8 Mio. € steigen, während die Kostenerstattung im Bereich des SGB XII mal gerade 1,2 Mio. € ausmacht. Weitere Beispiele sind die Finanzierung der Kompetenzagenturen, die Pauschalierung der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft bei SGB II – Hilfen. Verschärft wird das Problem durch Erhöhung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften als Folge der Wirtschaftskrise. Allein 0,6 Mio. € Mehrausgaben hat der Kreis durch Übernahme der Elterngeldanträge und der Anträge auf Schwerbehinderte vom Land zu verkräften. Vor zwei Jahren hat der Landrat mal die zusätzlich übertragenen Aufgaben aufgelistet: es waren über 200.

Weiteres Beispiel: Das Land beschließt G8, die Verkürzung der Gymnasialzeit und die nun wegen des Ganztagsbetriebes notwendigen Mensen müssen die Kommunen gefälligst finanzieren. Das Land spendet sein übliches Almosen dafür.

Die Anschaffung von Active-Boards ist eigentlich Standard für das Lernen in einer multimedialen Gesellschaft, kann aber zurzeit nicht für alle Klassenzimmer finanziert werden.

Die CDU ist die Mehrheitsfraktion in der Verbandsversammlung des VRR. Dort wurde ohne Ausschreibung mit der DB-Regio ein so mieser Vertrag geschlossen, dass die jahrelangen Minderleistungen von DB-Regio weder zu angemessenen Pönalien noch zur erfolgreichen Kündigung führten und wir bis 2018 an diesen miserablen Dienstleister gekettet sind. Der Verkehrsminister der CDU schlug sich im Konflikt sogar auf die Seite von DB-Regio. Zusätzlich zur jahrzehntelangen Minderleistung der DB-Regio führte das Koch-Steinbrück Papier zu Mindereinnahmen für den ÖPNV in Höhe von 520 Mio. €. Und wer muss den ganzen Mist ausbaden? Natürlich die vollkommen Unschuldigen am Ende der Kette: Seit 2005 ist der Fahrpreis im VRR um 15% gestiegen und die Kommunen werden ein Vielfaches der bisherigen SPNV-Umlage zahlen müssen. Ganz zu schweigen davon, dass ein attraktiver Nahverkehr gerade für Erkrath ein unverzichtbarer Standortfaktor wäre.

Da lobe ich mir den Kollegen Völker, der in diesem Jahr seine Haushaltsrede im Kreistag mit der von ihm schriftlich fixierten Unterzeile zu Protokoll gab: „Es gilt das gebrochene Wort“.

c) Finanzpolitik: Was müssen wir in Erkrath ändern?

Einleitend habe ich ausgeführt, dass wir 2010 in die Haushaltssicherung gehen sollten. Der Konsolidierungsbedarf wird das in den Schatten stellen, was wir 2002 erlebt haben. Mit der Einführung von NKF ist nicht nur irgendeiner Formalie Rechnung getragen worden. Die Hauptaufgabe liegt nun darin, dass die Kostentransparenz nun auch zum Umsteuern genutzt wird. NKF ohne Anpassung der Verwaltungssteuerung und neuer Steuerungsstruktur läuft leer. Die Zusammenführung von Fach- und Finanzverantwortung ist die Voraussetzung für eine wirksame dezentrale Verantwortung. Die Nutzung doppischer Informationen zur Umsteuerung braucht Verlagerung der Führung auf alle Verwaltungsebenen. Wir brauchen nun eine Konzentration auf steuerungs- und nutzerrelevante Kennzahlen – keine Zahlenfriedhöfe, keine überperfekionierte Produkt-Bürokratie, in deren Wüste man kaum noch Oasen findet. Wir sollten auch als Rat Leistungskontrakte mit den dezentralen Einheiten und damit beidseitiges Einüben von Kontraktmanagement ernsthaft erproben und Verbesserungsziele als Gegenstand der Kontrakte definieren. Das heißt auf der anderen Seite auch, dass wir mit mehr Abstand steuern sollten und uns in Verzicht auf laufende Einzeleingriffe üben sollten. In einer komplexer werdenden Welt eigentlich für Kommunalpolitik im Ehrenamt unverzichtbar.

Ein System von Leistungskennzahlen sorgt für die erforderliche Messbarkeit. Neben dem Sanktionsgedanken, der in der Messbarkeit enthalten ist, sollten auch deutliche „Belohnungsansätze“ eingeführt werden.

So könnten wir zum Beispiel beim Kostendeckungsgrad ehrgeizige Ziele setzen, die innerhalb eines zu definierenden Zeitraumes erreicht werden müssen.

Denkbare Beispiele für Ziele an der Kennziffer Kostendeckungsgrad sind

	???	2007
Wochenmärkte	90%	81,02 %)
JMS	50%	43,4
VHS	80 %	76,1 %)
Büchereien	15 %	11,1 %)
Stadthalle	20 %	10 %

Neben den haushaltsrelevanten Zielen gehören die inhaltlichen Ziele sorgfältig diskutiert.

Alle Parteien haben geschlossen unseren Vorschlag abgelehnt, dass der Rat an sich selber spart und den Rat um zwei Sitze verkleinert. Hilden spart so 48.000 € in der folgenden Amtsperiode ein.

Peinlich ist, dass wir im Umlageverband BRW 2,25 Mio € Verlust durch Zinsspekulationen zu verzeichnen haben. Alle Parteien haben den Bürgermeister in dieses dafür verantwortliche Vorstandsamt wiedergewählt, obwohl man bei diesem und anderen Mandaten die Frage stellen sollte, ob man die Interessen der Stadt nicht lieber von Fachleuten mit ausreichend Zeit vertreten lassen sollte.

Als gebe es kein Morgen haben die Parteien gegen die *BmU* die Verwaltungsvorlage für eine angemessene Gebührenerhöhung für die Benutzung der Stadthalle und des Bürgerhauses geschlossen abgelehnt. Wir müssen uns über jede Stunde freuen, welche diese Häuser ungenutzt bleiben, denn dann zahlt der Steuerzahler nicht drauf. Was ist das für ein Unsinn, dass die Stadt beliebige private Feiern so subventioniert, dass noch nicht mal die Betriebskosten wieder hereinkommen. Das zeigt einmal mehr die völlig andere Denkweise der Parteien im Vergleich mit uns Unabhängigen.

Mangelhaft ist die interkommunale Zusammenarbeit. Hier liegt ein großes Rationalisierungspotenzial, wenn die beteiligten Städte und der Kreis bereit sind, eigene Gewohnheiten auf den Prüfstand zu stellen. Beispiel sind die Bauhöfe, VHS, Musikschulen und die Zusammenarbeit in der Rechnungsprüfung.

Vorlage 234/2008 zeigt umfassend den *BmU* Antrag zur Verhinderung frühkindlicher Entwicklungsverzögerungen und Verstärkung der Erziehungsberatung auf. Die mangelhafte Integration junger Menschen in die Arbeitswelt verursacht ganz erhebliche gesellschaftliche Folgekosten. Durch grundlegende bildungspolitische Weichenstellungen könnten für die Jahre 2007 bis 2015 insgesamt 13,4 Milliarden Euro an direkten und 15,9 Milliarden Euro an indirekten Kosten bei der Integration von Jugendlichen in Ausbildung und Beschäftigung eingespart werden. Hinzu kämen Wertschöpfungspotenziale durch den nachträglichen Erwerb von Berufsabschlüssen von gering qualifizierten Arbeitnehmern in Höhe von 21,5 Milliarden Euro. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie, die im Auftrag der Bertelsmann Stiftung vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln erstellt wurde. Aber auch hier die alte Problematik: Was wir säen, das ernten wir nicht. Gefängnisse sind Ländersache. Vom Land bekommen wir aber nicht genügend Saatkörner um Gefängnisneubauten überflüssig zu machen. Was für ein unmenschlich und dumm organisiertes System.

Ein nur winzig kleiner Baustein in diesem Zusammenhang war die Erstellung eines Schülerkalenders für Erkrather weiterführende Schulen (Vorlage 20/2009), der besonders zum Ganztags sinnvoll war. Unsere Anregung wurde von der

Verwaltung positiv und konstruktiv aufgenommen und war aus dem vorhandenen Ansatz für Schulträgeraufgaben ohne Erhöhung finanzierbar. Signifikant für das Verhalten von CDU/FDP in den letzten zehn Jahren: Ohne ein Wort der Erklärung wurde unser Antrag im ASKS am 18.02.09 abgelehnt. Ein Beispiel mehr für die Kommunikationsunfähigkeit in diesem Stadtrat.

Die Vorschläge für den Infrastrukturtel des Konjunkturpaketes II zeigen, dass die Stadtverwaltung darauf nicht vorbereitet war. Eine spürbare Infrastrukturverbesserung für Alt-Erkrath, besonders für Neanderstr./Düsseldorfer Str. aber auch für die Neue Mitte wäre der Bau der Planstraße. Kostenanteil der Stadt sind ca. 1 Mio. €. Leider wurden die entsprechenden mehrfach dazu von uns vorgetragenen Anträge, das Planungsrecht vorzubereiten, mit großen Mehrheiten von den Parteien abgelehnt.

Über 160.000 € kostet die Grundlagenermittlung für die gerechtere gesplittete Abwassergebühr, die wir seit 10 Jahren fordern. Kosten, die wir 2000 schon einmal ausgegeben haben. Die damals neue CDU Mehrheit hat die Einführung des gesplitteten Systems damals gestoppt. Der soziale Wohnungsbau hat so weitere 9 Jahre die großflächigen Gewerbebetriebe subventioniert. Nicht der Verursacher zahlt, sondern die Familien zahlen drauf. So einen Blödsinn kann man kaum phantasieren, aber er ist in Erkrath Realität geworden. Allein schon wegen dieser familienfeindlichen Politik gehört die Erkrather CDU aus dem Stadtrat abgewählt. Die CDU wäre selbst heute nicht aus freien Stücken zu Vernunft gekommen, sondern musste erst durch Gerichtsurteile zu diesem Schritt im Interesse der Gerechtigkeit gezwungen werden.

Die *BmU* hat den Wunsch gehabt zu ermitteln, wie teuer eine Müllabfuhr in Eigenregie gewesen wäre. CDU/FDP wollen es gar nicht wissen, obwohl eine Reihe von Städten, z.B. Langenfeld, vormachen, dass kommunale Müllabfuhr günstiger als private sein können. Erst recht nicht in Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen. Dann hätte man auch zukunftsweisend für ältere und kranke Mitbürger den optionalen Volls-service wie im Rhein-Neckar Kreis einführen können. In der Vorlage 135/2008 führte die Stadtverwaltung selber die Gründe für eine kostengünstige Arbeit der eigenen Müllabfuhr an: >Keine Mehrwertsteuerpflicht, keine Gewinnerzielung erforderlich auch „stärkere Bürgernähe“.< Gegen die Kommunalisierung spricht nach Meinung unserer Verwaltung: „hohe Effizienz bei der Aufgabenerledigung“. Es sei schon bezeichnend, dass der Bürgermeister selber eine Ratsvorlage unterschreibt, in welcher er dokumentiert, dass seine eigene Verwaltung grundsätzlich keine „hohe Effizienz“ hat.

Im Zweifel, da ist sich FDP und SPD mal selten einig, mangelt es an der Wirtschaftsförderung in unserer Stadt. Wir vermissen in dieser Debatte objektive Kriterien. Wir haben als *BmU* die Gütekriterien der Güte- und Prüfbestimmungen mittelstandsorientierter Kommunalverwaltungen vorgelegt. Unter Vorlage 226/2008 kann man alles nachlesen. Dort wäre der Ort gewesen, über mittelstandsorientierte Verwaltung zu sprechen und ggf. Defizite anzumelden und Verbesserungen einzufordern. Ergebnis der Debatte: Die Ausführungen der Verwaltung, dass in Erkrath keine wesentlichen Defizite erkennbar seien, wurden zur Kenntnis genommen. Von Kritik, außer einigen Nachfragen der *BmU*, keine Spur.

Nur noch dreist ist, wie die CDU und der Bürgermeister die ordnungspolitischen Initiativen der *BmU* für sich selber als geistigen Urheber reklamiert. Die Initiativen Kindernotinseln bzw. Noteingang und Aufbau einer Stadtwacht sind Maßnahmen, die

wir nach jahrelangen Beschwerden über die Situation im Sommer 2008 beantragt bzw. angeregt haben und welche der Bürgermeister zunächst im kriminalpräventiven Rat als überflüssig hingestellt hat. In beiden Fällen hat die Verwaltung selbst uns immer sachlich gut zugearbeitet und beraten. Wir mahnen nun eine inhaltliche Diskussion, wie wir sie in unserem Antrag formuliert und vorgeschlagen haben, an. Die zusätzliche Einstellung von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen für den Ordnungsdienst bewirkt nun endlich, dass auch in der Nacht städtische Liegenschaften aufgesucht und kontrolliert werden können. SPD und Grüne haben diesen Wunsch von uns abgelehnt.

Ziel der Fraktionen *BmU*, SPD und B'90/DieGrünen ist die Sanierung und Attraktivierung des Hochdahler Marktes unter Beibehaltung des derzeitigen, gelungenen städtebaulichen Charakters bei angemessenen finanziellen Belastungen für die Stadt. Zu diesem Zweck haben wir mit anderen Fraktionen ein Sanierungsverfahren mit Kunstharzfugenmörtel vorgeschlagen und die Verbesserung der Erreichbarkeit der Geschäfte insbesondere für Menschen mit Gehbehinderungen durch ein umlaufendes, farbangepasstes Betonpflaster. Noch nicht einmal der Prüfauftrag für diese Verfahren, die eine hohe städtebauliche Qualität erhalten hätte bei Vermeidung der Inanspruchnahme der Anlieger für Anliegerkosten wurde von CDU/FDP erteilt. Bis heute gibt es keinen Beschluss, wie hoch prozentual denn die Anliegerkosten sein werden. Die Rechnung wird erst nach der Wahl präsentiert. In Hilden hat das Bürgerbegehren "Alter Markt" bewirkt, dass das Pflaster neu aufgenommen und dann neu verlegt und versiegelt wurde. Vor dem Bürgerhaus in Hilden kann man die neue Fugenversiegelung der Grauwacke besichtigen.

Die Fehlbelegerabgabe wegen einer zu geringen Zahl behinderter Beschäftigter sollte ein Fingerzeig sein, unserer Verantwortung gerecht zu werden und mehr schwer behinderte Menschen in unsere Verwaltung zu integrieren.

Wir bitten, die finanziellen Folgen der Nutzung des ehemaligen Schulgebäudes Schmiedestraße für die Musikschule, VHS Kurse zur Integration und die Erkrather Tafel darzustellen.

Es wurde gegen unseren Rat versäumt, rechtzeitig die Stiftung des Naturschutzzentrums so mit Kapital auszustatten, dass sie nicht zum Gegenstand der Sparzwänge des Haushaltssicherungskonzeptes werden kann.

Die Schulbetriebsausgaben halten den wachsenden Anforderungen an das Schulleben und die Bedingungen des Ganztages nicht mehr Stand.

Die mangelhafte Finanzierung der Radweg- und Gehwegreparaturen führt zu einem Substanzverlust des städtischen Vermögens.

d) Man muss gerade in der Finanznot die Bürger über die Situation aufklären und die bürgerschaftlichen Kräfte aktivieren. Das gelingt nur, wenn man die getroffenen Maßnahmen gut begründen kann und die Bürger merken, dass ihr Einsatz sich lohnt. Auf Antrag der *BmU* hat die Stadt zur Diskussion über den städtischen Haushaltsplan am 05.02.09 in die Stadthalle eingeladen. Das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Ämter des Rathauses der Amtsleiter und des Kämmerers Schiefer war bemerkenswert und hier zeigte sich, dass die Erkrather Verwaltung nicht vom Amtsschimmel beherrscht wird. Jede Bürgerin, jeder Bürger konnte einen Ansprechpartner für seine Anregung finden. Anregungen konnten schriftlich abgegeben

werden und wurden zahlreich dem Stadtrat vorgelegt. Der ganz überwiegende Teil der Bürgeranregungen waren Einsparungsvorschläge. Mehr oder weniger unbegründet verwarf die CDU/FDP Erkraths ausnahmslos alle Anregungen aus der interessierten Bürgerschaft. Das dieselbe Behandlung, die den Anregungen und Vorschläge von *BmU*, Grünen und SPD in den letzten 10 Jahren zuteil wurde. Alle anderen sind also ausnahmslos blöd, nur die CDU/FDP weiß allein was richtig ist und wünscht weder Anregungen noch eine Strategie für Erkrath, wie sie das Stadtentwicklungskonzept darstellen würde. Aus Sicht der CDU kann der Bürger sich also seine Ratschläge sparen. Im Gegenzug erwartet die CDU, dass sie ausnahmslos in allen Wahlkreisen bei der Kommunalwahl gewinnt.

Es ist im Interesse unserer Stadt, wenn dieser Alleinvertretungsanspruch der CDU bei der nächsten Kommunalwahl vom Bürger abgewählt wird. Wie oft haben wir es in den letzten 10 Jahren erlebt, dass Bürgeranträge nur zu später Stunde beraten wurden, vertagt wurden und Bürger mit konkreten Anliegen nicht das Wort erteilt bekamen.

Man kann Lebensqualität und Zukunftsperspektiven trotz der Finanzprobleme nur aufrechterhalten und steigern, wenn man das **ehrenamtliche Engagement** der Bürger stärker nutzt. Unter Bürger verstehe ich nicht nur jeden Einwohner sondern bewusst alle Grundeigentümer, Gewerbetreibenden, Kirchen und Vereine, welche die Lebensqualität unvergleichlich stärker bestimmen als die Stadtverwaltung und der Stadtrat selber. Das geht aber nur, wenn man den Bürgern z.B. bei der Übernahme von Paten ein kompetenter Ansprechpartner ist. Manch ein gutwilliger Spielplatzpate hat hier in der Vergangenheit frustriert aufgegeben und auch deswegen haben wir, allerdings vergeblich, z.B. im Bereich Tiefbauamt auch drei Stellen mehr beantragt. Unser Modell des Stadtteilpaten läuft so ins Leere und der Mehrwert an Lebensqualität durch bürgerschaftliches Engagement bleibt auf der Strecke.

Bei den Konjunkturmaßnahmen im Bereich Infrastruktur bitten wir um Prüfung ob Lärm-mindernder Belag z.B. für Teile der Max-Planck-Str. förderfähig sind. Lt. FAQ Liste vom 14.04.09 Seite 29/45 ist das durchaus möglich.

Die Belebung des ehemaligen Hertie-Standortes ist unverzichtbar. Wir schlagen vor zu prüfen, ob es eine Lösung der Parkplatzfrage darstellt, die Bongardstraße zum Parkplatz umzugestalten bei geringerer Inanspruchnahme der Grünflächen.

e) Was ist bloß in der **Personalpolitik** der Stadt los?

In Erkrath muss der Personalbestand gar nicht mehr aus Ersparnisgründen aktiv verkleinert werden – das Personal läuft von ganz alleine weg.

Motivation und Arbeitszufriedenheit gehören in der Erkrather Verwaltung sorgfältig bedacht! Durch rigorose Sparpolitik ohne angemessene Leistungsanreize wird nur Arbeitsunzufriedenheit erreicht und das heißt mangelhafte Identifikation mit den Anliegen der Stadt.

Im Planungsamt will die Stadt erhebliche Planungsmittel mit 120.000 € für 2010 (unter Hinweis im HFA auf den Verlust der beiden führenden Mitarbeiter im Planungsamt, dabei ein Ausscheiden aus Altersgründen) extern bereitstellen, obwohl kaum mehr Verfahren als in den vergangenen Jahren anstehen. Das ganze wird unter dem Etikettenschwindel „Stadtentwicklungskonzept“ verkauft.

Im Hochbauamt wird einem Mitarbeiter die Vertragsauflösung „nahegelegt“, eine weitere Mitarbeiterin verlässt die Stadt noch in der Probezeit. Und das in dem Moment,

in welchem innerhalb kürzerer Zeit das Konjunkturpaket Hochbauingenieure zur Abwicklung braucht.

Auch im Tiefbauamt gab es Kündigungen. Auf Anregung der CDU-Fraktion soll ein **Heißschaumgerät** zur Unkrautbekämpfung angeschafft werden. 36.000 € kostet das gute Stück. Auf die Frage im Fachausschuss, wer denn in der Verwaltung dieses Gerät bedienen wird erlebte man ein Novum. Die Verwaltung schwieg. Im Hauptausschuss wurden 40.000 € zusätzlich eingestellt, um die Arbeitskraft für dieses Gerät extern einzukaufen. Warum nicht an dieser Stelle selber einen Techniker einstellen, dessen Einsatz nach Prioritäten erfolgen kann?

Die Bürgerbüros waren wegen Personalproblemen zeitweise geschlossen.

Selbst das Korruptionskataster, beauftragt Ende 2006, kann erst Mitte 2009 wegen Personalproblemen vorgestellt werden.

Der Rat kann von außen nur schwer in die Personalpolitik hineinregieren. Da steht in erster Linie der Bürgermeister in der Verantwortung.

f) Unser Stadtentwicklungskonzept ist ein Finanzkonzept

In der Rheinischen Post vom 02.12.2008 wird Bürgermeister Werner im Hinblick auf Gewerbegebiete zitiert: „Wir müssen Brachen reaktivieren.“ Recht hat er, wo aber sind die Konzepte und Instrumente? Einmal mehr hat die CDU allergisch auf den Begriff **Stadtentwicklungskonzept** reagiert, weil sie wohl befürchtet, dass externes Expertenwissen und die Kompetenz der eigenen Bürgerschaft den Entscheidungsspielraum der CDU Fraktion einengt. Der Fall Hertie macht deutlich, dass ein aktuelles Stadtentwicklungskonzept Investoren klarere Kalkulationsbasis geboten hätte. Statt zu steuern, wird Erkrath zum Spielball der Wirtschaft.

Der Kreis Mettmann unter der gleichen parteipolitischen Führung wie Erkrath ist da ganz anders aufgestellt und erarbeitet Leitbilder zur künftigen Kreisentwicklung.

Die Alterung der Erkrather Bevölkerung hat auch mittelbar deutliche Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen. Das betrifft die Einnahmen wie die Ausgabenseite und die Gebührenhaushalte. Angesichts drastisch sinkender Bevölkerungszahlen in Erkrath neuen Wohnraum zu schaffen bedarf besonders plausibler Begründungen. Bis 2050 werden wir ca 25 % weniger Einwohner haben. Das bedeutet, dass die Kosten für dieselbe Infrastruktur, d.h. Straßen, Kanäle, Schulen, Kindergärten, Datennetze etc., 25 % weniger Menschen tragen. Jeder Quadratmeter mehr versiegelte Fläche ist ein Quadratmeter mehr, für dessen Rückbau in der Zukunft Kosten anfallen. Neben diesem Infrastrukturkostenargument spricht für Flächensparen zusätzlich, dass die Inanspruchnahme durch Siedlung und Verkehr auch die ökologischen Bodenfunktionen und die Landwirtschaft, die wir zunehmend brauchen, einschränkt.

In einer wachsenden Volkswirtschaft erweist sich die Konkurrenz der Kommunen um Unternehmen und Einwohner als hilfreich, weil sie jede Gemeinde motiviert, ihr Angebot bestmöglich und kostengünstig zu gestalten. In einer schrumpfenden Volkswirtschaft erweist sich diese Konkurrenz jedoch als fatal. Ein systematischer Rückbau von Ortsteilen wird erforderlich, der zu finanzieren ist. In dieser Situation reduziert jede jetzt eingesparte Neuausweisung nicht nur zukünftige Kosten für die Infrastruktur, sondern auch für den Rückbau.

Das Programm „Länger im Quartier bleiben“ gibt eine Vorahnung für die Herausforderungen der Zukunft. Wir sollten lernen, Erkrath aus den Augen einer 80jährigen oder eines 80jährigen zu sehen. Es könnte gut sein, dass das in einigen Jahren unsere Augen sind.

Kleines Bruchhaus / Neanderhöhe

Ich kann Ihnen in diesem Zusammenhang nur die Lektüre der Studie: „Neue Baugebiete: Gewinn oder Verlust für die Gemeindekasse? Fiskalische Wirkungsanalyse von Wohn- und Gewerbegebieten“ des Deutschen Instituts für Urbanistik empfehlen. Sie werden hier erfahren, dass alle empirischen Befunde für derartige Gebiete in fiskalischer Hinsicht zu äußerster Vorsicht mahnen und eine fiskalische Folgenrechnung Pflicht im Vorfeld dieser Maßnahmen sein sollten. Ich empfehle hier auch die Seiten:

<http://www.umwelt.nrw.de/umwelt/pdf/flaeche.pdf>

http://www.refina-dorif.de/images/Dokumentationen/Duesseldorf/du_e_a_warum_flaechensparen.pdf

Den Schalmeientönen der CDU vor allem auf Bundes- und Landesebene zum notwendigen Schutz landwirtschaftlich guter Böden folgen keine Taten. Bestes Beispiel ist die Rücknahme des Landschaftsschutzes im Bereich Neanderhöhe und der Fläche „Auf den 12 Morgen“ in Erkrath durch die Mehrheit dieses Hauses. Nach diesen Plänen kann man demnächst vom Hochdahler Zentrum bis zum Neandertalmuseum ausschließlich an bebauten Grundstücken vorbeifahren. Hier schaffen Sie Fakten zur Vernichtung wertvoller Freiräume und wertvollsten Ackerbodens und andererseits schaffen sie auf Kreisebene das begrüßenswerte Programm „NaturKulTour Neandertal“ zur Aufwertung des Neandertales für Kultur, Natur und Wissenschaft. Wir bauen die L 403 n mit hohem Kostenaufwand in das Neandertal hinein, arbeiten aber gleichzeitig an der Prüfung, ob der Durchgangsverkehr aus dem Neandertal herauszubekommen ist. Was für ein Unsinn.

Seit 1969 hat Erkrath seine ganze Planung auf Zuwachs und Wachstum orientiert. Das ist in bemerkenswerten Teilen deutlich besser als im Umland geglückt. Wir brauchen aber endlich den Paradigmenwechsel in Richtung Umbauprozesse, Bestandsmanagement und auf die Anpassung an rückläufige Bedarfe. Das ist viel schwerer als der Aufbau auf der grünen Wiese. Dazu braucht es innovative Planungsansätze und Planungsbeteiligungen, um die bestehende und entstehenden Bedarfe räumlich optimal zu verteilen. Wir können uns unsere Aufgaben aber nicht danach aussuchen, ob sie schwer oder leicht ist. Wir müssen uns von den Notwendigkeiten leiten lassen.

Als wir diese Forderung 1998 zum ersten Mal erhoben wurde sie von allen Parteien abgelehnt. Inzwischen befürwortet sie auch die SPD und Bündnis90/Die Grünen. Wesentliche zukunftsweisende Ideen werden von der Mehrheitsfraktion nicht gehört, daher lehnen wir den Haushalt ab.

Es liegt bei der Kommunalwahl nun in der Hand des Wählers, ob er uns für diese notwendige Politik ein Mandat gibt oder nicht.

Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates, ich möchte mich bei der Verwaltung unserer Stadt, insbesondere der Finanzverwaltung für die uns beratende Zuarbeit bedanken. NKF, Bilanz und Konjunkturpaket, dazwischen ein offenes Ohr für den Bürger bei der Vorstellung des Haushaltes, nebenbei Prügel einstecken und trotzdem die Motivation nicht verlieren, das hat mich in diesem Jahr schon beeindruckt.

